

**Haushaltsrede 2026 gehalten von Kathrin Horre
es gilt das gesprochene Wort.**



Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

Haushaltsdebatten haben selten den Ruf, besonders spannend zu sein. Manche sagen sogar: Sie sind die einzige politische Veranstaltung, bei der man gleichzeitig über Millionen spricht – und trotzdem niemand nervös wird. Außer vielleicht der Kämmerer.

Aber eines sind sie immer: ehrlich.

Denn im Haushalt zeigt sich, was Politik wirklich will – und was eben nicht.

Wir blicken – in durchaus wilden Zeiten – auf bis kurz vor Schluss sehr vernünftige Haushaltsberatungen zurück. Dafür möchte ich mich im Namen meiner Fraktion bei allen Beteiligten bedanken.

Warum nur *bis kurz vor Schluss*?

Nun, bis vor knapp zwei Wochen ging es sehr geräuschlos zur Sache. Dann kam – erwartbar – der politische Lärm: Die Beratungen in den Fachausschüssen waren beendet, die Fraktionen gingen in ihre Klausuren – und jede kam mit ihrem eigenen, parteipolitischen Standpunkt zurück.

Für viele Menschen draußen ist das wahrscheinlich kaum nachvollziehbar. Und doch ist genau das in diesen finanziell herausfordernden Zeiten die große Kunst: gemeinsam einen tragfähigen Haushalt aufzustellen.

Einen Haushalt, der allem gerecht wird:
den Aufgaben unserer Kommune, den Unternehmerinnen und Unternehmern sowie den Bürgerinnen und Bürgern, die über die Hebesätze belastet werden, und einem Blick in die Zukunft, der derzeit eher dem in eine nebelige Glaskugel gleicht – angesichts der vielen Krisen in der Welt.

Denn ein Haushalt ist keine Excel-Tabelle. Ein Haushalt ist eine politische Entscheidung darüber, was uns als Gemeinschaft wichtig ist. Er ist auch ein Versprechen an die nächste Generation. Dass wir dabei unterschiedliche Perspektiven haben, liegt in der farbigen Vielfalt unserer Parteien. Und das ist auch gut so.

Wir freuen uns deshalb ausdrücklich, dass wir den **Zuschuss für die Jugendzentren McFly und Theo** nach mehr als 30 Jahren endlich an die allgemeine Kostenentwicklung anpassen konnten. Denn: Offene Kinder- und Jugendarbeit ist kein Luxus. Sie ist ein Fundament für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wer jungen Menschen Räume gibt, investiert in die Zukunft unserer Gemeinde.

Umso bedauerlicher ist es, dass ein anderer wichtiger Schritt heute nicht gegangen wird: **Schulsozialarbeit an unseren Grundschulen.** Eine halbe Stelle wäre sicher nur ein Tropfen auf den heißen Stein gewesen. Aber es wäre ein Anfang gewesen – ein Anfang für mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit für die Kinder in unserer Gemeinde. **Und das war erst vor wenigen Monaten noch Motto jeder Partei – aber eben nur im Wahlkampf!**

Stattdessen wurde wieder einmal auf das Land verwiesen. Manchmal habe ich das Gefühl, politische Zuständigkeiten funktionieren wie ein Wanderpokal: Jeder reicht ihn weiter – aber niemand möchte ihn behalten. Dieses Schwarze-Peter-Spiel kennen wir seit Jahren. Nur hilft es keinem einzigen Kind in unserer Gemeinde.

Denn eines ist klar: Bei Schulsozialarbeit zu sparen ist immer kurzfristig gedacht.

Die Rechnung kommt später. Nur leider nicht im Haushalt – sondern im Leben der Kinder.

Sehr ärgerlich ist auch, dass der **Klimafonds** von der Verwaltung aufgeweicht und umgewidmet wurde – und dass Sie alle das mitgetragen haben. Erwartbar war es leider trotzdem. Natürlich kann man argumentieren, dass eine Photovoltaikanlage und eine Dachbegrünung auf dem neuen Feuerwehrgerätehaus am Ende auch allen Menschen zugutekommen.

Aber: Diese Maßnahmen hätten wir auch ohne das Geld der Windbauern umsetzen müssen.

Die Mittel sind nun auf lange Sicht gebunden. Wir hätten uns gewünscht, dass die Verwaltung die Politik früher darüber informiert hätte, dass sie mit der Verausgabung der Mittel überfordert ist. Wir hätten Ideen gehabt. Denn faktisch hätten die Bürgerinnen und Bürger von einer Neuauflage des Förderprogramms „Sonnenstrom“ deutlich mehr gehabt: eine private PV-Anlage, einen Batteriespeicher oder einen Zuschuss zur Wärmepumpe.

Wir müssen die Menschen mitnehmen auf dem Weg zur Energiewende in den eigenen vier Wänden. Wir müssen sie dabei unterstützen. **Denn die Energiewende entscheidet sich nicht in Ministerien – sie entscheidet sich auf unseren Straßen, auf unseren Dächern und in unseren Heizungskellern.**

Wir haben diesen Schritt zähneknirschend akzeptiert, weil unser Ziel bleibt, in diesen schwierigen Zeiten einen tragfähigen kommunalen Haushalt zu verabschieden.

Aber eines ist sicher: Wir werden künftig noch genauer hinschauen.

Es gibt einige Punkte, die unser geplantes Ergebnis verbessern: die Altschuldenlösung, das Investitionspaket „NRW-Plan“, die leichte Senkung der allgemeinen Kreisumlage sowie die Weiterleitung der Erstattung aus der LWL-Umlage.

Aber eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen sieht definitiv anders aus. Hier braucht es deutlich mehr Unterstützung aus Berlin und Düsseldorf. Als die Tagesschau im November titelte: „**Klamm, klammer, Kommunen.**“ – können wir aus den Kommunalparlamenten nur entgegen: „**Wer bestellt, muss auch bezahlen!**“

Umso ärgerlicher ist es, wenn gleichzeitig auf anderen kommunal-politischen Ebenen zusätzliche Kosten beschlossen werden, die am Ende über Umlagen bei uns landen.

Ich nenne nur zwei Beispiele:

die regelmäßig steigenden **Fraktionszuwendungen auf Kreisebene** durch CDU und SPD oder den **unsäglichen Vorgang in der Landschaftsversammlung des LWL**. Dort hat die neue Koalition aus Machtgründen einen zusätzlichen Landesrat für die SPD geschaffen – Mehrkosten von rund einer Million Euro in den nächsten fünf Jahren. Beahlt über Umlagen. Beahlt aus unseren kommunalen Haushalten.

Heute liegen mehrere Anträge zur **Hebesatzdebatte** auf dem Tisch.

Die Verwaltung hat ihren Vorschlag zwar nach unten korrigiert – nimmt aber weiterhin steigende Belastungen für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen in Kauf.

Die FDP wiederum positioniert sich klar als Lobby für unsere Unternehmerinnen und Unternehmer. Das ist grundsätzlich begrüßenswert. Aber alle Mehrbelastungen auf

landwirtschaftliche Betriebe sowie auf die Bürgerinnen und Bürger abzuwälzen – das ist schon ein starkes Stück. Das werden wir als GRÜNE Ratsfraktion ganz sicher nicht mittragen.

Dass sich die CDU ihrer besonderen Verantwortung als größte Fraktion bewusst ist, ist zunächst einmal lobenswert. Warum sie aber mit einem „**Und-basta**“-**Vorschlag** kurz vor der Abstimmung in diese Haushaltsberatung geht, ist schwer nachvollziehbar.

Als Kind habe ich mit meiner Oma oft Mühle gespielt. Sie kennen alle die berühmte „Zwickmühle“. Genau daran fühle ich mich heute ein wenig erinnert. Egal wie der Gegner zieht – man selbst gewinnt. Meine Großmutter hat übrigens fast immer gewonnen. Und ich hatte schon damals das Gefühl, in einer Zwickmühle zu stecken.

Wenn die CDU bei ihrem Antrag bleibt, ist sie in einer komfortablen Situation: Bekommt er eine Mehrheit, profitieren alle Steuerzahler. Bekommt er keine Mehrheit, sind alle anderen für Steuererhöhungen verantwortlich. **Aus Sicht Ihrer Fraktion ein kluger politischer Schachzug – oder eben eine clevere Zwickmühle. Mit verantwortungsvoller Kommunalfinanzpolitik hat das allerdings wenig zu tun.**

Denn die Einsparvorschläge bleiben ausgesprochen überschaubar. Da muss ich den Kollegen der FDP tatsächlich Recht geben. Auch **der globale Minderaufwand** hilft uns in diesem Jahr nur kurzfristig. Als Planungsinstrument reduziert er zwar das Defizit im vorliegenden Haushalt, **löst aber nicht das strukturelle Problem.**

Als GRÜNE Fraktion haben wir in den vergangenen Tagen versucht, eine Lösung zu finden, die möglichst viele mittragen können: **Moderate Hebesatzanpassungen plus einmalige Anwendung des globalen Minderaufwands und eine konsequente Konsolidierung bis 2027.**

Denn eines ist klar: Wenn wir heute keinen mehrheitsfähigen Haushalt verabschieden, wäre das eine Blamage nach monatelangen Beratungen. **Diese Verantwortung tragen wir alle gemeinsam.**

Auch Sie, Herr Bürgermeister. Denn von Ihrer Seite hätten wir uns deutlich klarere Prioritäten und konkretere Konsolidierungsvorschläge gewünscht.

Wir begrüßen deshalb ausdrücklich den Vorschlag der CDU-Fraktion, einen Arbeitskreis Finanzen einzurichten. *Ja – man könnte sagen: Wenn man nicht mehr weiterweiß ...* Aber es geht hier um unsere gemeinsame Zukunft in Neuenkirchen und St. Arnold. **Ziel muss es sein, für 2027 einen Haushalt vorzulegen, der die Hebesätze endlich stabil hält und nicht immer neue Belastungen für Wirtschaft und Bürgerinnen und Bürger mit sich bringt.**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebes Team der Verwaltung,

dass wird kein Kinder- oder Gesellschaftsspiel. Dass wird eine enorme Kraftanstrengung für uns alle. Ich schließe meine Rede deshalb mit einem Gedanken von Robert Habeck:

„Zuversicht bedeutet nicht, dass automatisch alles gut wird. Zuversicht bedeutet Arbeit.“

Das ist ein Appell an uns hier im Saal – aber auch an Wirtschaft und Zivilgesellschaft vor Ort. Es wird keine einfachen Lösungen geben. Aber wenn wir gestalten wollen, müssen wir miteinander reden, einander zuhören – und manchmal auch streiten. Wir müssen Konflikte aushalten und moderieren. Mit Fairness. Und auf Augenhöhe.

Unser Auftrag ist nicht, perfekte Haushalte zu schreiben. Unser Auftrag ist, unsere Gemeinde verantwortungsvoll durch schwierige Zeiten zu führen.

Vielen Dank.